

Bilanz der Landesgleichstellungsbeauftragten: Frauen- und Gleichstellungspolitik in Brandenburg in den Jahren 2015-2019

Die rot-rote Landesregierung hat die Gleichstellungspolitik in Brandenburg neu gedacht und ihr einen nie dagewesenen Stellenwert zugemessen. Sie wurde stark aufgewertet und damit die Gleichstellung der Geschlechter in dieser Legislaturperiode für Brandenburg deutlich vorangebracht. Erstmals wurde Gleichstellungspolitik in einem breiteren Rahmen, auf alle Geschlechter und auf die gesamte Gesellschaft bezogen. Innerhalb der Landesregierung ist es gelungen, zwischen den Ressorts einen Konsens über gleichstellungspolitische Ziele der Landesregierung herzustellen. Durch intensive und unabhängige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesgleichstellungsbeauftragten konnte deutlich stärkere Aufmerksamkeit für das Thema hergestellt und konnten zahlreiche Diskussionen angestoßen werden. Durch Präsenz, Ansprechbarkeit, "aufsuchende" Gleichstellungspolitik und den Einsatz der Landesgleichstellungsbeauftragten im gesamten Land konnten Kontakte zur Landesregierung erstmals hergestellt bzw. intensiviert und verstetigt werden.

Neue Bedingungen für Gleichstellungspolitik

- Verabschiedung eines Leitbilds der Landesregierung für ein geschlechtergerechtes Brandenburg
- Neuauflage Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm: Erarbeitung in einem breiten partizipativen Prozess, Erhöhung der jährlichen Fördermittel für freie Träger zur Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms von 95.000 auf 115.000 Euro
- Stärkung der Landesgleichstellungsbeauftragten: Einrichtung der Stabsstelle der Landesbeauftragten, dadurch ressortübergreifendes, unabhängiges und weisungsfreies Arbeiten möglich, Erhöhung der personellen und finanziellen Ressourcen der Landesbeauftragten

Gezielte Förderung frauenpolitischer Strukturen

- Förderung einer zweiten Personalstelle in der Geschäftsstelle des Frauenpolitischen Rates
- Einführung einer Landesförderung von Frauenzentren
- Einführung einer Landesförderung für die Geschäftsstellen von Familienverbänden
- Absicherung und Stärkung der landesweiten Brandenburgischen Frauenwoche: Überführung der Mittel in den regulären Haushaltstitel der Landesgleichstellungsbeauftragten (vorher Lottomittel), daher ist z.B. eine flexiblere Antragstellung möglich, Aufstockung der jährlich verfügbaren Mittel um 25%
- regelmäßige und zuverlässige Unterstützung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten durch Gleichstellungspolitische Touren der Landesgleichstellungsbeauftragten, Landeskongresse und Klausurberatungen und regelmäßige Informationsübermittlung
- Beratung und Vernetzung der Gleichstellungsbeauftragten der Ressorts und nachgeordneten Behörden, Monitoring des Landesgleichstellungsgesetzes, Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen in der Landesverwaltung
- intensive und regelmäßige Zusammenarbeit mit den und Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten an den Universitäten und Hochschulen

Stärkung der Partizipation und Mitbestimmung von Frauen in der Politik

- Verabschiedung des bundesweit ersten Paritätsgesetzes und Anstoß einer bundesweiten Debatte
- Förderung der politischen Partizipation von Frauen durch Veranstaltungen, Publikationen, Projektförderungen und ein Rechtsgutachten für ein Paritätsgesetz in Brandenburg

Frauen sind stark auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt, die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Brandenburg ist sehr hoch, bei Frauen in Führungspositionen erzielt Brandenburg Spitzenwerte

- von der Einführung und jeder Erhöhung des Mindestlohns und des Vergabemindestlohns profitieren insbesondere Frauen
- ein Gender Pay Gap ist landesweit <2 Prozent
- neues Richtergesetz: Einführung der Teilzeitausbildung, Erhöhung des Frauenanteils unter Richtern und Staatsanwälten
- zweijährlicher Unternehmerinnen- und Gründerinnentag: sehr hoher Anteil von Frauen an Unternehmerinnen und Gründerinnen im bundesweiten Vergleich, hoher Anteil von Frauen in Führungspositionen
- regelmäßiges Gesprächsforum von Frauen- und Wirtschaftsministerium zu Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Prävention und Gewaltschutz wurden schon vor Ratifizierung der Istanbul-Konvention in Brandenburg durch den Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern gefördert:

- Erhöhung des Landesanteils an der Frauenhausförderung um 25% im Jahr 2015
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle für das Netzwerk Brandenburgische Frauenhäuser mit zwei Stellen ab 2017
- flächendeckende Landesförderung von Kinderbetreuung in den 21 brandenburgischen Frauenhäusern
- Aufstockung der Frauenhausplätze: Die Istanbul-Konvention setzt einen Mindeststandard von einem Frauenhausplatz pro 10.000 Einwohner voraus. In Brandenburg sind wir mit einer Quote von etwa 9.000 im bundesweiten Vergleich gut aufgestellt
- Einführung und Weiterentwicklung der medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung und vertrauliche Spurensicherung
- Einführung von Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in Brandenburg im DHH 2019/2020
- Gewalt macht krank - Aufbau einer systematischen Zusammenarbeit von Opferschutz und Gesundheitssystem im DHH 2019/2020
- finanzielle Förderung und regelmäßige Beteiligung an Aktionstagen wie dem 25.11. und One Billion Rising durch Frauenministerin, Frauenstaatssekretärin und Landesgleichstellungsbeauftragte

Besondere Herausforderung - geflüchtete Frauen in Brandenburg. Die Landesregierung reagiert bereits 2015 mit zielgerichteten Maßnahmen.

- Einrichtung der zweimonatlich tagenden landesweiten AG Geflüchtete Frauen beim Landesintegrationsbeirat
- dreijährige Förderung der bundesweit einzigartigen "Landeskoordinierungsstelle Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Brandenburg" mit den Schwerpunkten Beschwerdemanagement und Erarbeitung von Muster-Gewaltschutzkonzepten
- Förderprogramm für Projekte zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund mit jährlich 60.000 Euro

Trendwende in der Mädchenpolitik nach jahrzehntelangen Kürzungen

- Eröffnung eines neuen Mädchen*treffs (Brandenburg/ Havel) mit einem neuen inklusiven Ansatz und wissenschaftlicher Begleitung
- Förderprogramm für Mädchenprojekte

Frauen mit Behinderungen kommen in den Fokus - sie sind sehr häufig von Diskriminierung, Übergriffen und Gewalt betroffen

- Förderung der Ausbildung von Frauenbeauftragten in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, in Brandenburg keine Beschränkung auf Werkstätten, sondern Einbeziehung von Wohnstätten

- Erarbeitung und Implementierung von Gewaltschutzkonzepten in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen
- Verbesserung der Barrierefreiheit in Frauenhäusern mit Mitteln aus dem Landeshaushalt und Mitteln der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen
- Förderung von Vernetzung und Austausch der Frauenbeauftragten auf einem Fachtag der Landesgleichstellungsbeauftragten

Männer und Jungen wurden als Zielgruppe von Gleichstellungspolitik in Brandenburg erkannt

- Aufnahme in den Maßnahmenkatalog des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms
- Fachkonferenz der Landesgleichstellungsbeauftragten "Auswirkungen traditioneller Rollenbilder auf Jungen und Männer in Brandenburg"
- Förderung von Väterarbeit
- Beratung zu Elternzeit mit besonderem Fokus auf Vätern durch die bundesweit einzigartige "Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit", brandenburgische Väter nehmen im Bundesvergleich sehr häufig und vergleichsweise lange Elternzeit
- Förderung geschlechtersensibler Projekte für Mädchen und Jungen

Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle als neue Zielgruppe von Gleichstellungspolitik

- Erarbeitung des ersten Landesaktionsplans "Queeres Brandenburg" mit einem partizipativen Prozess
- Programm zur Projektförderung zur Umsetzung des Landesaktionsplans
- dadurch konnte die Landeskoordinierungsstelle für lesbischschwule Belange in größere, barrierearme Räume umziehen
- dadurch Ansiedlung neuer Projekte in Brandenburg z.B. Angebote für Regenbogenfamilien in Brandenburg, Beratung für queere Geflüchtete oder ältere Lesben
- Einrichtung einer bundesweit einzigartigen Netzwerkstelle für Schutzunterkünfte für LSBTIQ*-Geflüchtete
- Umwandlungen eingetragener Lebenspartnerschaften in die Ehe sind in Brandenburg kostenlos
- Kooperation mit queeren Medien, um die Community zu vernetzen
- Stärkung der AIDS-Hilfen, Schaffung einer ersten Personalstelle in der AIDS-Hilfe Cottbus

Systematische Beschäftigung mit den Themen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

- Durchführung der ersten Fachtagung zu Gendermedizin in Brandenburg
- Fachtag "Gesundheit rund um die Geburt"
- erster Hebammenaktionsplan
- Entschließung des Bundesrates (BR-Drs. 617/17): Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen, Unterstützung des Bundesmodellprojektes in Ludwigsfelde durch die Landesgleichstellungsbeauftragte
- Bundesrats-Initiative zur Aufhebung des § 219a StGB (BR-Drs. 761/17)
- Förderung von Projekten, Konferenzen und Publikationen

Brandenburg macht sich auch auf Bundesebene für Gleichstellung stark, etwa im Bundesrat, auf den Fachministerkonferenzen und in der Zusammenarbeit mit den Landesgleichstellungsbeauftragten anderer Bundesländer

- Rentengerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen herstellen (GFMK-Beschluss 2018, BB Mit Antragsteller; ASMK-Schreiben an BMAS vom September 2018; MPK-Ost)
- Mit einer aufgabengerechten Mittelausstattung der Jobcenter auch dem besonderen Betreuungsbedarf Alleinerziehender und geflüchteter Frauen im Rechtskreis SGB II Rechnung tragen (GFMK-Beschluss 2018, BB Mit Antragsteller für die GFMK-AG „Arbeitsmarkt für Frauen“)

Weitere Informationen:

Siebter Landesgleichstellungsbericht - Zur Durchführung des Landesgleichstellungsgesetzes des Landes Brandenburg (LGG) -Berichtszeitraum: 2014 bis 2018

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11400/11468.pdf

Monika von der Lippe, 21.07.2019